

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922**

277 (27.11.1922)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.  
Abonnementpreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk  
monatlich 175.— Mark, Einzelnummer nach Belegblatt 7.— Mark.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dapp, Durlach, Mittelstraße 6  
Fernsprecher 204. Postfach-Konto Nr. 10 101.



Preis für die fliegende Millimeterzeile 3 Mk., Reklamemil-  
limeterzeile 15 Mark. Bei der Anzeigenannahme tags zuvor nach  
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag  
7/9 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für  
Plagierchriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-  
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine  
Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 277

Montag den 27. November 1922.

93. Jahrgang.

## Kurze Tagesübersicht.

Im Reichstag wurde das Vertrauensvotum für die neue Regierung, das die programmatischen Erklärungen des Kanzlers zur Kenntnis nimmt und billigt, von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen gegen eine geringe Minderheit aus Kommunisten und Reichsbürgern angenommen.

Der neue Reichsernährungsminister Dr. Müller-Bonn ist nach den Angriffen der Sozialdemokratie von seinem Amt zurückgetreten.

Der Reichstag hat sich nach Beendigung der politischen Aussprache zur Regierungserklärung bis 4. Dezember vertagt.

Die Aussprache der belgischen Minister Thonnis und Jaspars in Paris über die Konferenz in Brüssel verlief unbefriedigend, weshalb die Weiterreise nach London unterbleibt.

## Regierungserklärung und die Parteien.

\* Die Kanzlerrede Dr. Cunos am Freitag hat im Reichstag guten Eindruck gemacht und findet im deutschen Volk einen warmen billigen Widerhall. Diese „ehrliche und sachliche Politik nach allen Seiten“, die Mahnung, „daß jetzt nicht Zeit zum Reden, sondern zum Handeln da sei“, wird überall Verständnis finden. Sympathisch berührt dieses Programm der Selbsthaltung der Nation in allen Einzelheiten, zumal es von sachlichen Gesichtspunkten getragen ist und starkes väterländisches Empfinden berührt. Wie der Inhalt der Rede klar und eindeutig war, so auch die Form, der aller rhetorischer Schmuck fehlte. So kam es, daß der Kanzler an vielen Wendungen Zustimmung und am Schluß lebhaften Beifall ernten konnte, zumal bei der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte, auf deren Unterstützung das neue Kabinett rechnen kann. Und die Fäden, die der Kanzler zur Sozialdemokratie knüpfte, sollten auch auf dieser Seite ein Entgegenvolmen anbahnen.

Der frühere Unabhängige Reichsrichter von der Vereinigten Sozialdemokratie hat als erster Redner neben manchem Kritiker, das sich zwar weniger gegen das Programm als gegen die Minister Dr. Müller-Bonn, Dr. Müller von Rosenfeld richtete, doch das erlösende Wort gesprochen, daß die Sozialdemokratie die Erklärung der Regierung billigt. Dies soll aber nach den Worten Reichsrichters bedeuten, daß sie kein Vertrauen zu ihr hat, sondern nur eine Bewährungsfrist gestattet.

Die Redner aus der Arbeitsgemeinschaft der Mitte des Reichstages sprachen ihre Zustimmung zum Regierungsprogramm aus. Die Kommunisten kündeten der „Stimmenregierung“ Opposition an, während die Deutschnationalen durch Herzt ihre Entscheidung der Regierung gegenüber von Fall zu Fall vorbehalten.

Die Annahme des von der Demokratie eingebrachten Vertrauensvotums in Form einer Zustimmungserklärung war somit von vornherein gesichert und umfaßte die Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen. Eine seltene Einmütigkeit!

Der politische Kampf der Sozialdemokratie gegen den neuen Ernährungsminister Dr. Müller erforderte bereits ein erstes Opfer des Kabinetts. Trotzdem die Untersuchung einwandfrei erwies, daß Dr. Müller-Bonn sich nicht an verräterischen Bewegungen im Rheinlande beteiligte, ist er zurückgetreten, um die sachliche Arbeit des Kabinetts auf dem Gebiete des Ernährungswezens und im Zusammenarbeiten mit den Parteien zu erleichtern. Der Brief Dr. Müllers an den Reichspräsidenten Ebert gerichtet dem gehenden Mann zur Ehre.

Hoffen wir, daß nun auch bei den Parteien die Politik des Kanzlers zu sachlicher und ehrlicher Politik nachahmung findet. Sein Verhalten im Fall Dr. Müller zeigt seine völlige Beherrschung der Sache in offener Neutralität.

Berlin, 24. Nov.

Abg. Breitfeld (Soz.) erklärt, die Regierungskrise sei entstanden, weil der wiedererstarkte Kapitalismus mit Erfolg bemüht war, den Einfluß der Sozialdemokraten zurückzudrängen und den Einfluß des Bürgerturns zu stärken. Mit der Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft war der Keim zu der letzten Regierungskrise gelegt. Die Sozialdemokratie mußte die Aufnahme der Volkspartei ablehnen, darüber stützte das Kabinett Birth. Der Redner hält fest, daß die Sozialdemokratie vertrauensvoll mit Birth zusammenarbeitet haben. Der Verlauf der Krise hat bewiesen, daß die alte Koalition der einzig mögliche Weg in den gegenwärtigen Schwierigkeiten war. Niemand glaubt jedoch, daß das Kabinett Cuno nur ein Notbehelf ist (der Reichskanzler nicht). Wir sehen heute schon einen zweiten Cuno vor uns (Seiterleit). Ist

es mit dem Parlamentarismus vereinbar, daß an der Spitze der Regierung ein Mann steht, der dem Parlament nicht angehört? Für uns wäre es eher tragbar, wenn die Arbeitsgemeinschaft die Regierung übernommen hätte. Ich würde lieber Herrn Stresemann an der Stelle Cunos sehen, das hätte viel klarere Verhältnisse ergeben. Der Brief des Reichskanzlers an den Reichspräsidenten Kling etwas itakentisch, wenn Herr Cuno auch kein Mussolini ist. Die Zusammenziehung des neuen Kabinetts zeigt, daß es kein Kabinett über den Parteien ist, sondern ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft. Herr Cuno ist uns das Reigenblatt, das seine Blöße deckt (Seiterleit). Die Aufrechterhaltung der Republik, auf welche Herr Birth sehr viel Wert legt, hat Herr Cuno in einem kleinen Nebenjah abgetan. Mit der Tendenz der Reparationsnote, daß von Deutschland bestimmte Leistungen gefordert werden sollten, ist auch die Sozialdemokratie einverstanden. Wir billigen es, daß die Regierung die Note zur Grundlage ihrer Politik macht. Damit erklären wir aber nicht, daß wir auch das Vertrauen zu dem Kabinett haben, er werde diesen Kurs einhalten. Dem Uebergang in die freie Wirtschaft werden wir unsere Unterstützung nicht gewähren. An dem Grundlag des Abkommens tags darf nie gerüttelt werden (Abg. Dr. Helfferich (D.nat.)): Da haben wir es, und wenn die Welt darüber zu Grunde geht. Wir unterstützen die Regierung, wenn sie für die Weisbegünstigung des deutschen Handels eintritt. Ein Mann, der sich als Industriekapitän einen Namen gemacht, verheißt es noch lange nicht, die Interessen der Volkswirtschaft zu vertreten und wo sind denn die großen Volkswirtschaftler? (Abg. Klein, (Komm.)): Wirtschaftlicher Herms! Seiterleit). Im besten Falle senden sie ihre Synchid und junge Leute. Der Redner behauptet, daß der Ruf des neuen Ernährungsministers Müller-Bonn in der Rheinprovinz nicht sein sei. Von dem Mehl, das Herr Müller mahlt, werde das Volk kaum satt werden. Er sei ein Monarchist, der die Hohenzollern wieder haben wolle. Am 4. August 1919 habe in Köln eine Versammlung stattgefunden, dabei sei eine Resolution zur Verabschiedung der Rheinischen Republik angenommen worden. Für die Durchführung der Resolution sollte in erster Linie der gegenwärtige Ernährungsminister sorgen. (Stürmisches Hört, Hört! links.) Es sei einfach unehrlich, daß ein solcher Mann im Kabinett sitze, von dem man nicht zweifelsfrei wisse, ob er sich nicht des Landesverrats schuldig gemacht habe. (Lebhafte Hört, Hört! links und Bewegung). Der Redner droht auch mit Mitleidungen gegen den Syndikus Dr. Brand, der als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in Frage komme. (Unruhe). Gegen Dr. Beder-Hessen seien die schwersten Bedenken zu erheben, er werde Deutschland unter die Herrschaft der Großbetriebe und Syndikate bringen. Gegen ihn sei schärfste Opposition geboten. In den Namen des Außenministers von Rosenfeld knüpfen sich die Verträge von Brest-Litovsk und Tauris. Das sei kein Ruhmestitel. Wenn im Winter Hungerrevolten entstehen, werde der Kanzler mit dieser Schiffsmannschaft nicht den vorgeschommenen Kurs steuern können. (Beifall links.)

Abg. Marx (Zentr.) veranagt unter dem särmischen Beifall des Hauses, daß mit diesem Parteitag endtisch angehört werde. Gerade die Sozialdemokratie, die das Scheitern der Koalition verursacht habe, habe am wenigsten das Recht, Vorwürfe zu erheben. Auch die Sozialdemokraten haben außerhalb der Koalition mit den Unabhängigen ein Verhältnis angeknüpft. Wie können die Sozialdemokraten es verantworten, einen solchen Mann wie Birth gestützt zu haben. (Lärm bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Rägel!) Hier bezeichnet man die Koalition mit der Deutschen Volkspartei als unmöglich, in der man sich in Preußen seit vielen Monaten befindet. Herr Breitfeld war einverstanden mit dem Wirtschaftsprogramm (Hört, Hört!). Jetzt spricht er auf einmal von einem Sieg des Kapitalismus. (Erneutes Hört, Hört!) Niemand sind kapitalistische Gründe maßgebend gewesen, wenn es sich um die Aufnahme der Deutschen Volkspartei handelte, sondern nur sachliche. Wir müssen dem Auslande möglichst geschlossen gegenüberstehen. Die Sozialdemokraten haben aber einen wichtigen Augenblick verpaßt. Das neue Kabinett ist kein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft, eine Partei ist gebunden. Ein schwerer Winter steht bevor. Der Redner erklärt sich bereit, die Regierung mit Freuden bei der Durchführung ihres Programms zu unterstützen. Er dankt den Rheinländern für ihre Treue und erhebt Protest gegen die Entscheidung der Entente über das Memelgebiet. Er wünscht dem neuen Reichskanzler den besten Erfolg, namentlich den eines großen einigen Deutschland. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Herzt (D.nat.) gibt im Namen der Deutschnationalen Fraktion eine Erklärung ab, in der hervorgehoben wird, daß das Kabinett Birth an der Schwäche seiner Politik zusammengebrochen sei. Diese Erfüllungspolitik auf Kosten des Bestandes des deutschen Volkvermögens dürfe nicht fortgesetzt werden. Ein Fortschritt der Entwicklung sei, daß der Kanzler nach der ablehnenden Haltung der Sozialdemokraten gleichwohl den Einfluß einer Regierungsbildung auch ohne die Sozialdemokraten gefunden habe. Zu begrüßen sei auch die Tatsache, daß die Kabinettsmitglieder zum Teil außerhalb der Parteien stehen. Das sei ein neuer Beweis für die Mängel des bisherigen parlamentarischen Systems. Die Note an die Reparationskom-

mission sei nur ein erster Schritt der Umstellung von der bisherigen Politik der Passivität zur tatkräftigen Selbsthilfe, die uns allen Rettung bringen könne. Der Reichskanzler hat auch recht, daß es nicht um Worte gehe, sondern um Arbeit und Taten. Der Redner billigt, daß die neue Regierung mit allen Nachmitteln die Ordnung und die Autorität des Staates wahren und gegenüber Aufruhr und Gewalt auf dem Plan sein will. Der Redner begrüßt die warmen Worte des Kanzlers für das pflichttreue Beamtentum und die angeklagte Fürsorge für die notleidenden Schichten der Bevölkerung und den Mittelstand. Möge endlich wieder gleiches Recht für alle gelten. Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion beschloß, sich ihre Entscheidung von Fall zu Fall vorzubehalten, entschlossen, wenn es sein müsse, auch weiter in der Opposition zu verharren und dabei, wie bisher, positive Arbeit zu leisten. Die Bildung der neuen Regierung eröffne die Möglichkeit einer Besserung unserer politischen Lage. Ob das ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte sein werde, hänge von der Regierung ab.

Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, er wisse nicht, ob er dem Reichskanzler zu der freundlichen Begrüßung durch die Deutschnationalen gratulieren könne. Die Demokraten werden dem Kanzler ihr Vertrauen ausdrücken, sich aber die Freiheit der Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. Sie werden alles vermeiden, um Schwierigkeiten zu machen. Der Ernst der Stunde macht die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig. Hoffentlich werden sich auf der Grundlage des Regierungsprogramms die breiten Massen zusammenfinden. Der sozialdemokratische Redner habe parteifaktische Erwägungen in den Vordergrund gestellt, die dem Ernst der Lage nicht entsprechen. Der Redner regt an, eine Prüfung des Wahlrechts vorzunehmen und festzustellen, ob es den Erfordernissen eines starken Reichstages genügen könnte. Er wendet sich gegen die schwarze Schmach im besetzten Gebiete und bespricht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch entschlossene Maßnahmen gemildert werden müssen. Immer wieder müsse betont werden, daß der Versailles Vertrag eine Verzerrung sei.

Inzwischen ist folgendes Vertrauensvotum der Demokratie eingegangen:

„Der Reichstag hat die Erklärung der Regierung zur Kenntnis genommen und gebilligt, daß sie die Note vom 13. November d. J. zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Abg. Körner (Komm.) wirft dem Reichstag vor, er veranlaßte ein wenig würdiges Theater. Da sei der in Berlin tagende Betriebsrätekongreß ein ganz anderes Parlament.

Reichsernährungsminister Müller-Bonn weist darauf die Äußerungen des Abg. Breitfeld, der von Landesverrat und Judthaus gesprochen habe, mit aller Entschiedenheit zurück, da sie unwahr seien. Der Minister legt dar, daß er im Jahre 1919, wie viele angesehenen Männer im Rheinlande, lediglich dahin gestrebt habe, den Rhein dem Verband des Deutschen Reiches seiner Eigenart entsprechend einzuverleiben. Der Minister gibt zu, daß sich in diese legale Bewegung peronlichkeiten eingeschoben hätten, mit denen kein guter Deutscher etwas gemein haben könne. Da habe er sich aber von der ganzen Bewegung sofort losgesagt. Wenn er das Umlagegesetz auch bekämpft habe, so habe er doch nie geraten, das zustandegekommene Gesetz zu mißachten. Es sei seine erste Pflicht, alle Mittel dazwischen zu setzen, um die Umlage im Wege vertraulicher und verständnisvoller Verhandlungen mit der deutschen Landwirtschaft herinzuholen.

Abg. Soltmann (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Ministers Müller. Darnach wurde ein Aktionsausschuß gegründet, der verfassungswidrig im Rheinlande eine sofortige Abstimmung in die Wege leiten wollte. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde der jetzige Reichsminister Dr. Müller gewählt.

Reichskanzler Cuno erklärt, daß die Angelegenheit auf Wunsch Dr. Müllers untersucht werden wird und daß die Untersuchung von objektiven Gesichtspunkten aus geführt werde. Ueber das Ergebnis wird dem Hause Mitteilung gemacht werden.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Samstag 10 Uhr vertagt.

Die Samstagssitzung.

Berlin, 25. Nov.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung, die wegen einer Kabinettsitzung verspätet beginnt, um 10.35 Uhr. Die allgemeine Aussprache über die Regierungserklärung wird darauf fortgesetzt.

Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion) bedauert, daß der Reichskanzler noch nicht erschienen ist (Lachen). Ledebour bespricht dann die Kontroverse zwischen dem Reichstagsgesandten Breitfeld und dem Ernährungsminister Müller-Bonn. Was ist bei der Untersuchung gegen den Minister herausgekommen? Der Redner bespricht dann die Regierungsbildung und sagt dem Kabinett Cuno ein hartes Ende voraus. Wir haben gar kein parlamentarisches Regime. Im wirklichen parlamentarischen Regime muß die Regierung aus dem Kampf des Parlaments hervorgehen. Es ist nur zu einem Aufhandeln gekommen. Das Vertrauensvotum ist deshalb so mißdeutend, weil man die Sozialdemokraten dafür einsetzt, weil die Regierung müsse vom Parlament kontrolliert werden.

Reichskanzler Cuno tritt darauf folgende Erklärung ab: Eine Angelegenheit, die gestern das Haus beschäftigte und mit schweren Vorwürfen gegen den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, gibt mir Anlaß zu folgender Mitteilung: Ich habe die Abschrift eines Briefes von Herrn Dr. Müller erhalten, den er heute an den Herrn Reichspräsidenten geschickt hat. Der Reichskanzler verliest diesen Brief, in welchem es heißt:

„In der gestrigen Sitzung des Reichstags sind von dem Vertreter einer großen Partei schwere Vorwürfe gegen mich erhoben worden, die darauf hinausliefen, daß ich in einer großen Frage nicht einwandfrei gehandelt habe. Das Kabinett hat auf meine Bitte in der vergangenen Nacht die Angelegenheit geprüft und festgestellt, daß wegen meiner damaligen Haltung keinerlei Zweifel an meiner vaterländischen Gesinnung gerechtfertigt sind. (Hört, hört! links.) Ich will feststellen, daß meine damalige Tätigkeit auf verfassungsmäßigem Boden zur Erreichung höchster vaterländischer Ziele bestand. Ich bin dem an mich ergangenen Ruf, in das Reichskabinett einzutreten, gefolgt in der Überzeugung, daß jeder seine letzte Kraft hergeben muß auf dem Gebiet, das er beherrscht. In demselben Sinn stelle ich mein Amt jetzt wieder zur Verfügung. Die gestrigen gegen mich erhobenen ungerichteten Vorwürfe haben eine solche Atmosphäre politischer Gegenstände geschaffen, die eine sachliche Lösung der Ernährungsprobleme so weit hinausdrückt, daß ich die Verantwortung dafür nicht mehr übernehmen kann. Ich gebe meinen Posten zurück. Dadurch erhalte ich die Freiheit, die Sache auszutragen, wie ich es als Minister nicht tun könnte.“

Der Reichskanzler fährt dann fort: Dieser Brief spricht für sich selbst. Der Reichskanzler stellt dann weiter fest, daß der Justizminister in der vergangenen Nacht die gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe geprüft habe. Hierbei hat der Abgeordnete Sollmann-Köln (Soz.) erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Müller zu irgend einer Zeit die Loslösung der Rheinlande gewollt habe. Die Vorwürfe gegen die vaterländische Gesinnung Dr. Müllers scheiden damit aus. Trotzdem bestreite Dr. Müller auf seinem Rücktritt, weil ihm die zutage tretenden Gegensätze die Konzentration aller Kräfte auf sein hochbedeutendes Amt unmöglich machen würden. Der Reichskanzler erklärt, daß er zu seinem Bedauern das Gesuch Dr. Müllers unterstützen müsse, weil in dieser Zeit unfruchtbarer Parteikampf vermieden und fruchtbarer Arbeit geleistet werden müßte. Er hoffe, daß das Kabinett bald ergänzt sein werde und appellierte an die verständige Mitarbeit des Reichstages. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Stresemann (D. Sp.) erinnerte daran, daß Dr. Müller das Amt des Syndikus der rheinischen Landwirtschaftskammer bekleidet habe, die wohl gegen den Verdacht gesetzt sei, daß sie irgendwie antinationale Tendenzen verfolge. (Zurufe bei den Soz.) Der Redner erwähnte die Linke, den politischen Kampf doch nicht zu vergiffen. Man müsse in einem Augenblick, in dem das Rheinland mehr als je bedroht ist, alle Kräfte im Rheinland zusammenfassen. Bei der Schaffung der großen Koalition habe die Deutsche Volkspartei keine Schwierigkeiten gemacht. Jeder müsse die Verantwortungsfreiheit des Reichskanzlers anerkennen, sogar der „Vorwärts“ widmete ihm freundliche Worte. Der Redner dankte auch dem Außenminister Dr. Rosenfeld für die Amtsübernahme. Zu den von Dr. Becker seinerzeit entworfenen steuerpolitischen Grundrissen hat sich auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth und sein Kabinett bekannt, dem ja auch Sozialdemokraten angehörten. Man will die Volkspartei identifizieren mit einem der hervorragendsten Vertreter der Wirtschaft. Herr Beerstein hat ja schon einmal davor gewarnt, Herrn Sinnes zum politischen Kinderspiel zu machen. Solche Männer in unserer Partei dürfen für Sie (zu den Soz.) kein Grund sein. Ihre Mitarbeit abzulehnen. Wir wollen die freie Wirtschaft. Das Marktproblem ist der Gradmesser des Vertrauens des Auslands in die deutsche Volkswirtschaft. Eine Produktionssteigerung würde eine Marktversteigerung zur Folge haben. Wer demokratisch denkt, kann doch keine Kreuze an Bestimmungen haben, die auf der Basis von

Ausnahmegesetzen das Recht des Einzelnen antasten und beschränken. Außenpolitisch sehe ich keinen Ausweg, der uns vor dem Schicksal bewahrt, es sei denn unsere einmütige Geschlossenheit. Nur der Weg des Zusammenarbeitens stellt eine Lösung in Aussicht, nicht der Weg des Pazifismus. Vom Völkerbund haben wir nichts zu erwarten. Die Sozialdemokratie ist überall einflußlos. In einem gemeinsamen Zusammengehen gegen ein Ueberhandnehmen des Bolschewismus in Deutschland, in Europa, begrüße ich die Verbundenheit der weltwirtschaftlichen Interessen, in der ich den einzigen Weg zum Wiederaufbau Deutschlands erblicke. Wenn Frankreich Deutschland immer tiefer in das Elend treiben will, dann schwindet jede Aussicht auf Reparationen. Dann wird der Franken das Schicksal des Rubels, der Krone und der Mark teilen. Eine Politik des Wiederaufbaus unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft, die wir sonst begrüßen, ist mit der französischen Sanktionspolitik nicht vereinbar. Wir müssen endlich ein Definitivum schaffen, dessen Forderung ich in der Kanzlererklärung gestern vermehrte. Auch gegenüber Frankreich ist aktive Politik notwendig. Das Rheinland muß wieder zu uns gehören. Der Redner billigt das Programm des Reichskanzlers und fordert Zusammenfassung aller Kräfte in dem einen Gebante für Volk und Arbeit.

Abg. Reich (Bayer. V.) führt der Entente die deutsche Not vor Augen und begrüßt die Erklärung des Reichskanzlers zum Völkertum.

Inzwischen ist ein kommunistischer Mißtrauensantrag eingegangen.

Abg. v. Graefe (Deutsch-völkisch) erklärt, daß seine Parteigruppe draußen im Lande eine stärkere Vertretung habe als ihre geringe Vertretung hier im Reichstag vermögen lasse. Es wolle sie sich draußen eine Bewegung, die auch auf die spätere Zusammenfassung des Reichstages Einfluß haben werde. (Zuruf links: Aufsohni.) Wenn der neue Kanzler die alte Politik fortführen will, wozu war dann der Wechsel notwendig? Trotz aller Sympathie gegenüber den Persönlichkeiten können wir dem Kabinett doch unser Vertrauen nicht ausprechen, weil hinter dem bürgerlichen Block das nationale bürgerliche Herz steht.

Abg. Müller-Franken (Soz.) polemisiert gegen den Vorredner. Von der völkischen Bewegung werde kein Wiederaufbau kommen, denn diese Heimatsverbände seien nicht für Arbeit gewesen. Das habe sich in Oberschlesien gezeigt, sondern es waren Pferdebödie und Straßenräuber. (Zustimmung links und rechts.) Der Redner verteidigt dann die Haltung seiner Partei gegenüber den Angriffen. Seine Partei habe das Kabinett nicht gestützt. Admiral von Scheer von der Deutschen Volkspartei habe in der „Völk. Volkszeitung“ geschrieben, die Deutsche Volkspartei sei in der Reichsregierung die Schrittmacherin für die Deutschnation. Bei dieser Sachlage war an eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nicht zu denken. Alle Schritte der Regierung zur Stabilisierung der Mark werden auch von den Sozialdemokraten unterstützt werden. Der Boden der sachlichen Opposition soll nicht verlassen werden.

Darauf wird auf Antrag Petersen (Dem.) gegen die Kommunisten der Schluß der Besprechung beschloffen. Persönlich gibt der Abg. Sollmann-Köln (Soz.) noch eine Erklärung zu der Angelegenheit Müller-Bonn ab, er bestreite, daß er von seinen Vorwürfen gegen Dr. Müller irgend etwas zurückgenommen habe, wie man aus den Worten des Reichskanzlers entnehmen könne.

#### Die Abstimmung.

Das Mißtrauensvotum der Kommunisten wird gegen die Kommunisten und die Gruppe Ledebour abgelehnt.

In einfacher Abstimmung wird darauf das Vertrauensvotum Dr. Petersen mit gewaltiger Mehrheit gegen die Kommunisten und Deutsch-völkischen angenommen. (Großer Lärm bei den Linksradikalen und Drohrufe des Abg. Hillein.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag, den 4. Dezember, nachm. 2 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen und kleine Vorlagen.

#### Berliner Pressestimmen zur Kanzlerrede.

Berlin, 26. Nov. In der deutschnationalen Presse fehlt diesmal die Einseitigkeit bei der Stellungnahme zu der gestrigen Regierungserklärung des Reichskanzlers. Die „Deutsche Zeitung“ als Sprecherin für den äußersten Flügel der Deutschnationalen findet zwar in der Programmrede Cunos viel Anerkennungswertes, nimmt aber Anstoß daran, daß Cuno die Erfüllungspolitik, allerdings mit der Einschränkung: „soweit es unsere Kräfte erlauben“, fortsetze. Das Blatt rüdt sogar von dem deutschnationalen Redner ab, der die Note an die Reparationskommission, die die Grundlage für die Politik der neuen Regierung bilden soll, als einen Schritt vorwärts ansieht und zuversichtlich in die Zukunft blickt. Anders die „Deutsche Tageszeitung“: Wir können es uns in der jetzigen Situation nicht leisten, jeden Satz seiner programmatischen Erklärung auf die Möglichkeit einer Kritik zu erproben. Es handelt sich darum, die Gesamtentente zu erschöpfen und zu würdigen, zu ihr sich zu stellen, und diese Stellungnahme wird im weitestgehenden eine ausgesprochen positive sein müssen. Soweit das Programm der neuen Regierung auf der Note an die Reparationskommission basiert, wird man ihm zustimmen, vorbehaltlich der Art der praktischen Durchführung. Daß für diese selbst neuere und bessere Voraussetzungen geschaffen sind, das ist aus dem Programm Cunos wenigstens soweit der ersichtliche Wille in Frage kommt, zu entnehmen. Das Blatt urteilt weiter: Der warme nationale Intention der Rede, die wiederholte ernste Aufforderung an alle Kreise des Volkes, ohne die Schenkungen der Parteien in Einigkeit und Arbeit für das große Ziel der Rettung des Vaterlandes zusammenzukommen, wird Verständnis und Zustimmung bei allen Gesinnungen im Lande finden. Die neue Regierung darf das Vertrauen des In- und Auslandes beanspruchen, da sie den festen Willen hat, die ungeheuren Schwierigkeiten der Lage zu überwinden. Die neuen Männer werden in praktischer Arbeit zu beweisen haben, daß sie der verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen sind.

Das „Berliner Tageblatt“ begrüßt es, daß die Grundlage der Politik der neuen Regierung die republikanische Staatsform sein werde. Weiter findet in dem Blatt das Bemühen Cunos Anerkennung, die für das Kabinett möglichst weit nach links offen zu halten. In der Tatsache daß sich die neue Regierung ohne jede Einschränkung auf den Boden der Note an die Reparationskommission stellt, sieht das Blatt den Willen, den Forderungen der Wirtschaftspolitik fortzusetzen. Das Blatt hebt schließlich hervor, daß die Forderungen Cunos über das besetzte Gebiet, das das Reich nie im Stich lassen werden, das Haus zu temperamentvollem Beifall hingeworfen haben.

Die „Völkische Zeitung“ äußert sich besonders zu dem von der demokratischen Partei eingebrachten Antrag, der nach der Meinung des Blattes wegen seiner allgemein gehaltenen Fassung auch die Zustimmung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten erhalten werde. Das Blatt schreibt: Eine Mehrheit von Senat bis Reichstag ist zuviel des Segens! Weniger wäre mehr. So kann man der Vornahme des Kabinetts Cuno kaum den Charakter einer entscheidenden Premiere zubilligen. Sie trägt vielmehr das Gepräge einer Generalprobe.

Der „Vorwärts“ enthält sich einer sachlichen Beurteilung der gestrigen Regierungserklärung. Er nennt sie eine gute Geheimratsarbeit, bei der alles auf Angelagern lasse und daher keine Meinung und Stärke finde. Infolgedessen entsetze auch keine Wärme. Das Blatt unterstreicht dann noch einmal die Ausführungen Breitschneiders, daß in Deutschland ohne oder gegen die Arbeiter nicht mehr regiert werden könne.

Die „Aote Sabine“ faßt ihr Urteil über das Programm in folgende Worte zusammen: Gegen das Sinnes-Programm steht das Programm des kämpfenden Proletariats!

#### Die Aufnahme in der Pariser Presse.

Paris, 26. Nov. Nur wenige Blätter nehmen bereits Stellung zu der programmatischen Erklärung der neuen deutschen Regierung. Eine scharfe Kritik übt der Berliner Richterlatte des Journal aus, der schreibt: Der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie ist geradezu schlecht gewesen (franchement mauvais), und seine Rede war von einer Ungeschicklichkeit, die Schlimmes für die Zukunft erwarten läßt. Er hat mit allen internationalen Gebräuchen und Traditionen gebrochen. Reichskanzler Cuno wollte mit seiner Programmrede, der ersten, die er als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik vor dem Reichstag gehalten hat, gegen den französischen Ministerpräsidenten polemisieren. Das war für ein Debut ohne große Annahme und genaug von wenig Takt. Der Reichskanzler wird wohl bald bemerken, daß man auf diese Art und Weise nicht den Intereffen seines Landes dient, und daß manchmal ein wenig Diplomatie nichts schaden kann. Der „Figaro“ schreibt: Was die Ausführungspolitik betrifft, so verlannt der neue Reichskanzler ein vollkommenes

## Das verlorene Eck.

Roman von E. Krideberg.

207 (Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Und nun, Fred, weißt du, warum ich „den Mann genommen“ habe und die Hartensteins so tief gesunken sind, daß Leute mit unbedeckter Ehre sich durch eine Gemeinschaft mit ihnen beschämen. . . und du wirst begreifen, daß ich nun und nimmermehr in eine Fortdauer unserer alten Freundschaft willigen kann.“

Er blieb unter dem Schutze einer großen Tanne stehen, die ihre Zweige weit über den Weg breitete. In seinem Gesicht arbeitete eine leidenschaftliche Erregung und seine Stimme klang verlegt.

„Das einzige, was ich verstehe, ist, daß du unendlich schwer hast leiden müssen und das Leben unendlich viel an dir gut zu machen hat — darüber hinaus reicht mein Auffassungsweg nicht. Ich kann nicht einsehen, daß du und deine Familie mit Schande bedeckt sein sollen, weil zufällig dein Bruder von einem schlechten Menschen irre geführt war! — Einen Familienkultus in diesem Sinne kenne ich nicht, bei mir steht jeder für seine eigene Ehre ein, ob er ein schlichter Bürgerlicher ist oder aus altem erlauchtem Geschlecht stammt. So lange ich mir selber nichts vorzuwerfen habe, beanspruche ich die Achtung der Mitmenschen in vollem Maße, denn ich stehe der Welt nicht als Sohn oder Bruder gegenüber, sondern als ein Individuum, das seine eigene Ehre zu behauptung und zu verlieren hat.“

Aber, Lena, trotzdem verstehe ich, daß du nicht in die Fortdauer unserer Freundschaft willigen kannst — ich kann es auch nicht! — Es war ein Kompromiß, den ich in meines Vaters Not geschlossen hätte und wäre als eine Lüge ausgegangen. — Wir zwei können uns nur lieben oder hassen, und darum gibt es für uns auch nur eine Möglichkeit des Zusammenlebens — die Ehe.“

Und darum, Lena, bin ich entschlossen, meine alten Rechte an dich geltend zu machen! — Er streckte die Hand nach ihr aus und ein Blick voll sehrender Liebe umfing ihre Gestalt.

„Ich halte dich bei deinem Wort, das du bis heutigen Tages noch nicht von mir zurückhalten hast. — Du weißt, du gehörst noch immer mir, Lena, und ich bitte dich, schlage ein, werde mein Weib! Ich will deinem Kinde ein treuer Vater sein, denn ich habe es von Herzen lieb, und dich liebe ich heute noch, wie ich dich immer geliebt habe. — Verwinden und vergessen kann ich nicht, und wenn ich noch einmal auf dich verzichten soll. . .“ Er schloß tief Atem. „Dann sei mir Gott anhängig.“

Sie stand vor ihm wie geblüht vor Schreden, die Augen fassungslos starr und weit geöffnet, das Gesicht ein Spiegel ihrer Seelenqual. Die Lippen zitterten und zuckten, ehe sie sprechen konnte.

„Fred, bist du blind und wahnsinnig? — oder meinst du, daß ich es sei? — Ich sollte zugeben, daß du dich zum Schwager eines Mannes machst, der eigentlich ins Juchhaus gehört hätte, und zum Manne einer Frau, deren erster Mann ein Mörder und Abenteuerer war und wohl auch nur hart am Juchhaus vorbeigestreift ist? . . . Du, dessen höchster Stolz in seiner fiedelosen Ehre besteht. — Zum Vater eines Kindes sollte ich dich machen, dessen Väterchen dich unausgeseht an seinen verabscheuten Vater erinnern muß? — Ja, glaubst du dich denn wirklich stark genug, das alles zu tragen? — Ich kann's nicht! — Nicht eine Minute ruhigen Glücks würde ich an deiner Seite genießen, aufzehen würde ich mich in der Angst, ob du auch nicht bereust, mich genommen zu haben, ob du mich nicht doch eines Tages den unmürbigen Gliedern meiner Familie gleichstellst. Immer würde ich mißtrauisch nach deinen Blicken spähen, ob sich die Ahnung eines Vorwurfs in ihnen entbeden lasse. Den Ton deiner Worte würde ich abwägen, ob sie einen Grad weniger Zärtlichkeit verraten, und jeder kleinste Tadel an das Kind, der bei einer vernünftigen Erziehung nicht ausbleiben kann, würde den Verdacht in mir wecken, daß es beginne, dir eine Last zu sein. — Das wäre die Hölle auf Erden. . . wir würden uns gegenseitig martern und umeinander zu Grunde gehen.“

Er betrachtete sie schweigend mit finster aufkommendergeogener Stirn, wie sie sich mehr und mehr ereiferte, der Atem immer hastiger über ihre Lippen ging, und immer mehr der Wunsch einer hoffnungslosen Verweissung sich in ihrem Gesicht ausdrückte. Schmerz sprach aus seinen Mienen, aber in seinem Blick lag ein Ausdruck eiserner Entschlossenheit.

„Ich habe zehn Jahre um dich gewollt und gelitten Lena, und vor wenigen Tagen noch nicht die leiseste Hoffnung gehabt, dir sie wieder nahe treten zu dürfen. — Ich werde weitere zehn Jahre auf dich warten, wenn es sein muß, und die werden mir nicht so lang werden wie die ersten, denn wenn du es mir auch nicht gelast hast, ich habe erkannt, daß du ebensoviele auf unsere Liebe verzichten kannst wie ich.“

Darum, Lena, verlange nicht erst von mir, daß ich gehe, ich werde es nicht tun, aber ich will dir nicht beschwerlich sein, sondern geduldsig warten, bis meine Zeit kommt. — Ich habe jetzt den Schlüssel zu deinem Wesen und werde ihn auch zu deinem Herzen finden.“

Der Stachel war jetzt so dicht, daß man nur noch wenige

Schritte weit blicken konnte. Lena hielt sich an Freds Seite, aber sie gingen schweigend nebeneinander her, jeder mit einem Gedanken beschäftigt. Nur von Zeit zu Zeit warf er einen besorgten prüfenden Blick auf sie, und wenn eine lächelnde Geste im Wege kam, streckte er die freie Hand nach ihr aus, um sie zu führen. Sie ließ es still geschehen. So stützte er sie beide, Mutter und Kind.

Als sie endlich am Eck anlangten, stand Frau von Hartenstein in tausend Angsten schon an der Gartentür ihrer barrend. Beim Erblicken Freds atmete sie erleichtert auf.

„Gott sei dank, daß ihr glücklich da seid! — Hätte ich gewußt, daß Fred bei euch ist, würde ich mich nicht gefolgt haben.“

Er setzte Ursula auf der Großmutter Arm mit dem färlorglichen Gesicht einer Zärtlichkeit, die nicht erlernt zu werden braucht, weil sie aus dem Herzen kommt. Und dann wollte er gehen. Aber daran war nicht zu denken.

Frau von Hartenstein war überhaupt geradezu entsetzt: von dem bloßen Gedanken, daß er bei diesem Wetter wieder in die Berge steigen wollte, und als er erklärte, die Trödelmarke werde auf ihn, und er könne nicht das arme Weib sich selber überlassen in ihrer Einsamkeit, da mußte er einwilligen, wenigstens eine Tasse warmen Tee zu trinken, ehe er ging.

Als man bereits beim Tee saß, öffnete sich noch einmal die Tür und mit nackten Beinen kam das Kind herein, in der Hand Marieles Achatzbergchen.

„Onkel Fred, da nimm das Zauberbüchlein Mariele vorat es dir gern! Binde es dir um den Hals, damit dir nichts passiert in dem bösen Nebel auf dem Heimweg.“

„Sieh, was du mir für eine treue kleine Freundin bist! — Ich danke dir mein liebes Kind.“

„Da soll man einmal leben, wie sehr sie den Onkel Fred bereits ins Herz geschlossen hat.“ sagte Frau von Hartenstein. „Nun ach aber schleunigst in dein Bettchen, du kleiner Heiß, gegen Erkältung schützt dich selbst Marieles Zauberbüchlein nicht!“

Dann sahen sie vertraulich um den runden Sofaflisch und plauderten, und Fred mußte freundschaftliche Vorwürfe wegen seines langen Ausbleibens von Frau von Hartenstein über sich ergehen lassen. Sie und Fred trugen allein die Kosten der Unterhaltung, Lena hatte viel mit ihrer Teemischmaschine zu tun, die durchaus nicht so zu funktionieren schien wie sie wünschte. Als ihre Mutter, erschlichen gegen ihren Wunsch, auf die Zukunftskläre der Tochter zu sprechen kam, warf sie einen erschreckten Blick auf Fred, aber sie sagte nichts.

(Fortsetzung folgt.)

**Notatorium.** Was die Sachstellungen anlangt, so neigt er die Bedingung, daß sie ohne Steigerung der Inflation bewerkstelligt werden müssen. Das ist die Pflicht und Cuno gemessene Formel. Sie sind notwendig und ironisch. Denn die deutsche Regierung hat ja die deutschen Staatsangehörigen gezwungen, sie zu bezahlen und das wird sicher die deutsche Inflation steigern. Schließlich scheint zwar Dr. Cuno mit der französischen Regierung eine Meinung über die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe zu sein. In Wirklichkeit ist er jedoch wie Birch durchaus verschiedener Meinung mit Poincaré über einen wesentlichen Punkt: Frankreich verlangt, daß eine solche Anleihe zum größten Teil zum Zweck der Reparationen verwendet wird. Cuno aber hat nochmals zu versichern gegeben, die Anleihe müsse durchaus zur Befriedigung der Markt dienen.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ teilt mit: Es hat sich nichts geändert. Die Rede des Reichskanzlers Dr. Cuno hat nicht gebracht, was man von ihr erwarten durfte. Sie ist nicht einmal originell gewesen. Der Reichskanzler scheint sagen zu wollen, daß er die Erbsis seiner Vorgänger fortsetzen werde. Denn er hat auf neue das Wort Dr. Birchs vernachlässigen lassen. Zuerst trat er vor dem Reichstag Dr. Cuno hat auch die zwei Tage vor dem Tode Rathenau's gebrauchten Worte über die Rheinlande und das Saargebiet noch wiederholt. Vom französischen Standpunkt aus wird die neue Regierung den Vorteil haben, eine solche klare Stellung selbst in der Dyposition einzunehmen. Das ist immer noch besser, als das doppelte Ziel des Kabinetts Birch. Man muß noch einzelne Angelegenheiten abwarten, bevor man sich ein endgültiges Urteil über das neue Kabinett bilden kann.

## Deutschland.

**München, 26. Nov.** Bei der Ernährungsdebatte im bayerischen Landtag machte der Landwirtschaftsminister Wugelhofner wichtige Mitteilungen. In Berlin trete jetzt die Zwanzigerkommission zur Festsetzung des Breites für weitere zwei Sechstel des Umlagegetreides zusammen. Da außerdem bis auf weiteres Auslandsgetreide eingehen werde, dürfe bis Mitte April so viel Getreide verfügbar sein, daß die Marktbrotverfügung bis zum 15. August gesichert sei. Für das nächste Jahr könne die Zwanzigerkommission für Brotgetreide nicht mehr aufrecht erhalten werden, weil die Reichsgetreidestelle Milliardenbesitz hat, was von der Garantiekommission nicht mehr geduldet wird.

## Ausland.

**London, 26. Nov.** Die englische Regierung erhebt Einspruch gegen die Sonderbesteuerung von Ausländern in Deutschland, weil ein solches Vorgehen eine Verletzung des Pariser Vertrages darstelle.

**Wien, 26. Nov.** Der Nationalrat erteilte in namentlicher Abstimmung mit 103 Stimmen der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und der Deutschen Bauernpartei gegen 48 Stimmen der Sozialdemokraten den drei Genfer Protokollen seine verfassungsmäßige Genehmigung.

**Saujane, 26. Nov.** Die Vorschläge, die der türkische Delegierte Ismet Pascha in der ersten Kommission für territoriale und militärische Fragen unterbreitete, betreffen u. a.: 1. die Türkei verlangt die Rückkehr auf die Grenzen von 1913; 2. sie verlangt den Bahnhof von Adrianopel; 3. die Entmilitarisierung einer Zone an der Maritsa; 4. einen wirtschaftlichen Zugang zum Meer entlang der Maritsa für die Bulgaren. Die Modalitäten in den beiden letzten Punkten sollen von einer besonderen Kommission festgesetzt werden; 5. Volksabstimmung in West-Thrazien.

**Athen, 26. Nov.** Das Kabinett ist zurückgetreten. Die politische Lage ist äußerst verwickelt. Die Militärs sind in der Frage der wegen Hochverrats angeklagten Minister zu keinem Zugeständnis bereit.

**Konstantinopel, 26. Nov.** Nach einer Unterredung zwischen den alliierten Oberkommissaren und Riffet Pascha wurde beschlossen, daß die alliierte Polizei von Konstantinopel aufgehoben werden solle. Die gesamte Polizeitätigkeit wird an die Türken abgetreten.

**Washington, 26. Nov.** Die Vereinigten Staaten haben ihre Zustimmung dazu erteilt, an der Konferenz von Paris über die Kosten der Befragungsarmee teilzunehmen. Die amerikanische Regierung wird durch den Finanzstaatssekretär Badsword vertreten sein.

## Baden und Nachbarstaaten.

**Karlsruhe, 26. Nov.** (Das Polizeigesetz.) In der vom Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung fortgesetzten Beratung des Polizeigesetzes teilte der Regierungsvortrag mit, daß auf den 1. Februar d. J. der gesamte Personalaufwand für die Staatspolizei 6 Millionen 616 000 M. betragen werde. Dieser Aufwand hat sich in der Zwischenzeit erheblich gesteigert. Berichterstatter Abg. Dr. Glöckner (Dem.) teilte ein Gesuch des badischen Städteverbandes mit, das daraufhin abzielt, den Anteil der Städte von 8 auf 5 Zehntel herabzusetzen. Der Berichterstatter hielt die Einwendungen des Städteverbandes für begründet und stellte dahingehende Anträge, daß allen Gemeinden staatliche Unterstützung zugewiesen werden müsse. Eine Abstimmung über diesen Par. 6 erfolgte noch nicht, da zuvor die Faktionen zu dieser Frage Stellung nehmen sollen. Die Regierung schlägt vor, die Zuständigkeit der Bezirksämter gegenüber der Polizeiverwaltung in den Städten noch aufrecht zu erhalten, soweit sie in besonderen Gesetzen und Verordnungen begründet ist. Der Berichterstatter stellte einen Antrag, der dem Wunsch des Städteverbandes entspricht, der die Streichung dieser Bestimmung verlangt. Von Regierungsseite wurden dagegen Bedenken geäußert. Der Ausschuß trug dem Antrag des Städteverbandes dadurch Rechnung, daß er beschloß, eine entsprechende Bestimmung in die Uebergangsbestimmungen aufzunehmen.

**Karlsruhe, 26. Nov.** (Abfindungen an meldungen der Ob- und Kleinbrenner.) Im Herbst d. J. wurde die bisher in Baden zulässige Art der Anmeldung zur Brennerei auf Abfindung bei den örtlichen Steuerherbesitzern seitens der Klein- und Kleinbrenner am Tage vor Beginn des Abtriebs in der Weise abge-

ändert, daß diese Anmeldung nur noch von den Holtämtern und jeweils fünf Tage vor Beginn des Betriebs entgegengenommen werden. Diese Verfügung hat die badische Ob- und Kleinbrennerei außerordentlich benachteiligt, da bei der zerstreuten Lage der Ortschaften und Einzelhöfe, vielfach noch im Gebirge, und ohne gute Verbindungswege nach dem Sitz des Holzamt häufig große Entfernungen mit sehr viel Zeit, Arbeits- und auch Geldverlust zurückgelegt werden müssen. Da der badische Kleinbrenner seine Brennerei stets nur als Nebenbetrieb und in einer Zeit, die ihm die übrige Arbeit freiläßt und meist bei schlechtem Wetter ausfällt, ist es ihm nicht möglich, eine Anmeldung fünf Tage vorher einzureichen, weil er seine Arbeiten nicht in einer derartigen Weise festlegen kann. Die badische Landwirtschaftskammer hat entsprechend der Beschlusse in ihrer Vollerhebung am 26. Nov. diese Umstände in einer Eingabe an das badische Landesfinanzamt hingewiesen und die Wiedereinführung des früheren Zustandes beantragt, daß die Anmeldungen wieder bei der Steuererhebung der Wohnorts und am Tage vor Beginn des Betriebes erfolgen können.

**Bruchsal, 26. Nov.** (Ueberfall im Zug.) Zu einem nach Karlsruhe fahrenden Personenzug wurde Donnerstagabend eine verh. Frau von einem Manne, der sich mit ihr allein im Abteil befand, überfallen. Der Frau gelang es, die Notleine zu ziehen, worauf der Mann aus dem Zuge sprang und im Walde verschwand.

**Philippsthal, 26. Nov.** (Die 500 Mark-Scheine.) Die Frau eines hiesigen Landwirts zerbrach vor acht Tagen (Wahltag) einige Zettel, von denen sie annahm, es seien Wahlzettel. Der Mann warf die Schnitzel ins Feuer. Zu spät stellte es sich, wie die „Bruch. Ztg.“ erzählt, heraus, daß es fünfshundert-Mark-Scheine waren. So waren 6000 Mark in den Flammen aufgegangen.

**Heidelberg, 26. Nov.** (Diebstähle.) Umfangreichen Diebstählen ist man im Zementwerk Leimen auf die Spur gekommen. Der Magazinleiter Ditton hatte Treibriemen, Kugellager usw. beiseitegeschafft und ins Mühlau verschoben, wo in Gemeinschaft mit einem Helfershelfer ein schwingvoller Handel getrieben wurde. In die Angelegenheit sind noch mehrere Personen verwickelt. Der Wert der gestohlenen Waren geht in die Millionen.

**Sachsenheim, 26. Nov.** (Gefährliches Spielzeug.) Während des Unterrichts spielte ein Volksschüler mit einer Militärpatrone, die plötzlich explodierte und dem 13jährigen Sohn des Kriegsinvaliden Math. Frey vier Finger der rechten Hand ausriß und außerdem ein Auge schwer verletzte. Ein Nebenschüler erlitt ebenfalls mehrere Verletzungen.

**Mannheim, 26. Nov.** (Gebührenerhöhungen.) Der niedrige Fahrpreis der Mannheimer Straßenbahn wurde auf 30 M. erhöht; aus den neuen Tarifen wird eine jährliche Mehreinnahme von 93 Millionen Mark erwartet. — Der Gaspreis für November wird von 31 M. auf 60 M. erhöht; notwendig wäre eine Erhöhung auf 84 M. gewesen. — Die Gebühren für den Besuch des Rosengartens wurden bedeutend erhöht. Der Nebenlängental kostet nunmehr 10 000 M. — Mannheim hat die unentgeltliche Beschaffung von Lehrmitteln eingeführt. Das Volksschulrektorat hat empfohlen, den Bedarf an Schulheften für die Voranschlagsjahre 1923 und 1924 schon jetzt zu beschaffen. Der Aufwand beträgt 40 Millionen Mark. Der Stadtrat hat angesichts dieser Summe trotz der Gefahr von Preissteigerungen den Antrag zurückgewiesen.

**Buggingen, 26. Nov.** (Arzt als Arbeiter.) Die verlaute, ist beim hiesigen Kalwerk ein verh. Mediziner als Arbeiter eingetreten. Dies befähigt die große Not, die unter den freien Berufen herrscht.

**Bonndorf, 26. Nov.** (Platinumschmuggler.) In Föhlen wurden zwei aus Pforzheim stammende Platinumschmuggler verhaftet, die dieses Edelmetall im Werte von 2 Millionen Mark bei sich trugen.

## Aus Stadt und Bezirk.

+ **Durlach, 25. Nov.** (Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 24. Nov. 1922.) Der Gaspreis für Durlach und die Gemeinde Gröningen wird mit Wirkung vom Rechnungsschnitt November ds. J. ab auf 60 M. je cbm festgesetzt. — Der von der eingesetzten Kommission durchberatene Dienstvertrag mit dem neuernannten Oberbürgermeister wird dem Bürgerausschuß zur Genehmigung empfohlen. — Die wegen Reorganisation des Wohnungsamts gemachten Vorschläge werden gebilligt. — Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Abreise der Maschinenfabrik Engler L. G. hier, aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Wertes namhafte Stiftungen für die Errichtung einer Kinderkrippe und die Errichtung einer Volkshalle mit Warmbadehaus zu machen und beschließt, der Firma in dankbarer Anerkennung über schon ist betätigten Gemeindegeldes die aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen. — Verschiedene Gebühren sind der Zeit entsprechend zu erhöhen: die Schlaghausgebühren, die Bodenmarktgebühren um 100 %. Die Desinfektionsgebühr wird auf 1500 M. festgesetzt, die in den §§ 16 bis 19 der Bergbauordnung vorgesehene Bauflächengebühr werden um das Fünffache erhöht. Die Gebühren für die Benutzung der städtischen Wege werden festgelegt wie folgt: für jede Abwägung einschließlich Anstellung des Wagens bei einem Gewicht bis 2000 kg 10 M., bis 4000 kg 40 M., über 4000 kg 60 M., für Kraftfahrzeuge aller Art 150 M. Die Gebühr für Anstellung eines zweiten Wagens wird auf 5 M. erhöht. In diesen Erhöhungen ist die Genehmigung des gemäßigten beschließenden Ausschusses einzuholen. — In den aus Mitgliedern des Mietenausschusses zu bildenden Mietenausschuß werden die Herren Steeger, Silber, Eßler, Romang, Mosler und Steinbrunn berufen. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Stadtbauamtsleiter Schweizer bestellt. — Die Dienstverhältnisse werden mit Wirkung vom 1. November ds. J. ab wie folgt festgelegt: Tagelohn 800 M., Uebernachtungsgebühr 650 M. — Der Stadtrat nimmt mit Dank Kenntnis von dem Briefe des z. B. in Nordamerika weilenden Fröhlich'schen Männerquartetts, in dem die Ueberwindung einer Spende für arme Kinder und das notleidende Alter hiesiger Stadt angekündigt wird. — Termin für die Stadtratswahl wird auf Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 5 bis 6 Uhr, festgelegt.

**W. Durlach, 27. Nov.** Am nächsten Mittwoch, den 29. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in der Evangel. Stadtkirche ein Vortrag des Generalsekretärs des Evangelischen Bundes, Herrn Farrer Bräunlich statt. Die Mitglieder der evangel. Kirchengemeinde sind hierzu herzlich eingeladen. Farrer Bräunlich ist in Durlach kein Unbekannter; schon im Frühjahr 1912 hat er hier einen Vortrag gehalten, der damals sehr gefallen hat. Auch dies-

mal darf man wieder eine hervorragende Leistung erwarten, denn Farrer Bräunlich ist ein ausgezeichnet, warmherziger Redner, vielgereist und vielgelesen, einer der besten Kenner der gegenwärtigen Lage des deutschen Protestantismus. Kein Glied der evangel. Gemeinde sollte diesen Vortrag veräumen.

**Durlach, 25. Nov.** Zu dem in Nr. 274 des „Durlacher Tageblatt“ vom 23. November 1922 erschienenen Artikel, die evang. Kirche Badens betreffend, kann man nur seine volle Zustimmung geben, soweit er die berechtigten Ansprüche der Geistlichkeit anerkennt, denn auch sie hat Anrecht auf eine ihrem Bildungsgrad entsprechende Befolgung. Wenn der Staat damit im Rückstand ist, muß dringend gefordert werden, daß er das Versäumnis unverzüglich nachholt. Der Vergleich mit der katholischen Kirche und der Steuerkraft des evangelischen Bevölkerungsteils ist aber in der angegebenen Form durchaus verfehlt. Da der katholische Bevölkerungsteil überwiegt, ist seine Geistlichkeit zahlreicher, und dementsprechend muß doch logischerweise auch der von der Regierung zur Verfügung gestellte Betrag für die katholische Geistlichkeit höher sein als für die evangelische. Daß die Steuerkraft der Konfession bei der Bemessung der Zuschüsse für die Geistlichkeit bestimmend sein soll, ist wirklich eine sonderbare Auffassung. Dies müßte auf alle Fälle erst gesetzlich festgelegt werden. Bis dahin wird auch der neue Kultusminister, ob evangelisch, katholisch oder jüdisch, in der Befolgung der Geistlichkeit nach dieser Richtung hin nichts zu ändern vermögen. Wie steht es hier übrigens mit den von Nichtchristen besoldeten Lehrern, die sicherlich nicht gering sind?

+ **Wilderdingen, 25. Nov.** Am 19. d. Mts. wurde in einem Quellenteich auf dem Gelände Wilderdingen eine hier verwehte Kindesleiche aufgefunden. Durch die energischen Erhebungen der Gendarmerie wurde festgestellt, daß das ledige 23 Jahre alte Dienstmädchen Mathilde Bader von Weibingen (Würtbg.) am 18. Juli d. J. heimlich aus der Wohnung ihrer Dienstherrin geflohen hat und nach der Geburt dem Kind den Halse zugebracht hat, sodas der Tod durch Erstickung erfolgte. Nach der Tat hat diese das Kind unter dem Dunghaufen vergraben und in der folgenden Nacht in das Waier getragen. Die Täterin wurde verhaftet und in das Amtsgefängnis Durlach eingeliefert.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Angriff auf die Entente-Kommission.** Das Eintreffen einer zur Kontrolle der Munitionsanstalt bestimmten Entente-Kommission im Automobil, bestehend aus französischen und italienischen Offizieren, sowie einem deutschen Begleitoffizier, rief in Ingolstadt einen großen Menschenauflauf hervor. Der Begleitoffizier suchte die Menge zu beruhigen. Eine Armeebewegung eines Franzosen wurde von der Menge als Griff nach der Waffe gedeutet. Hierauf setzte ein Sturm auf das Auto ein, das demoliert wurde, wobei sämtliche Fenster zertrümmert wurden. Die Autobereifung wurde durchschnitten. Unter dem Geschrei der Menge mußte die Kommission unverrichteter Dinge den Rückzug antreten. Die Szene spielte sich in so kurzer Zeit ab, daß ein behördliches Einschreiten nicht möglich war.

**Täpferer Seelente der Savan.** Elf Mitglieder der Besatzung des am 9. September an der spanischen Küste untergegangenen Dampfers „Hammonia“, die sich durch tapferes Verhalten besonders ausgezeichnet hatten, sind am Montag nach einer Ansprache Geheimrat Cunos von der Savan mit seidengefütterten Geldtaschen in braunem Saffianleder mit je 100 000 M. Inhalt und der Widmung „In besonderer Anerkennung. Hamburg—Amerika-Linie. 9. 9. 1922“ belohnt worden.

**Die jüdischen Erben des Bischofs.** In San Francisco starb im vorigen Jahre der Bischof Joseph Horowitz, der ein gebürtiger Jude aus Polen war. Der Bischof ordnete an, daß sein Testament erst im Jahre 1922 geöffnet werde. Dies ist nunmehr geschehen. Als glückliche Erben bezeichnet das Testament zwei polnische Verwandte des Bischofs, die ihrem jüdischen Glauben treu geblieben sind.

**Selbstmord oder Verbrechen?** In Stettin wurden in einem Hinterzimmer eines Lederwarengeschäftes der Geschäftsinhaber mit zwei jungen Mädchen und einem jungen Manne bestimmungslos aufgefunden. Sämtliche Gaschäden waren geöffnet. Der Geschäftsinhaber sowie die beiden Mädchen waren tot, während der junge Mann noch Lebenszeichen von sich gab. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob es sich um Selbstmord oder ein Verbrechen handelt.

In der Reichshauptstadt wollen die Flandeleier in den Streik treten. Die sie erklären, werden sie die Annahme von Pfändern einstellen und ihre Betriebe nur zur Abwicklung der laufenden Geschäfte offen halten, weil sie mit den von der Regierung bewilligten Zinsfüßen nicht mehr auskommen; sie dürfen 36 Prozent für das Jahr erheben, während sie für das Bankgeld, das sie benötigen, selbst 35 Prozent bezahlen müssen. Die Breslauer Flandeleier haben sich dem Berliner Vorgehen bereits angeschlossen und man erwartet auch die Zustimmung der übrigen Flandeleier im Reich, die im Verband der Flandeleier Deutschlands vereinigt sind.

## Handel und Verkehr.

**Der Dollar notierte am Samstag in Berlin 7206,93 G., 7243,07 Br., in Frankfurt 7231,85 G., 7267,15 Br.**  
1 Schweizer Franken = 1327,65 G., 1334,35 Br.  
1 französischer Franken = 512,75 G., 515,25 Br.  
1 belgischer Franken = 468,80 G., 471,20 Br.  
1 holländischer Gulden = 2847,85 G., 2862,15 Br.  
1 italienischer Lira = 339,15 G., 340,85 Br.  
1 englisches Pfund Sterling = 32 418 G., 32 561 Br.  
100 österreichische Kronen = 10,02 G., 10,08 Br.  
1 tschechische Krone = 231,85 G., 233,15 Br.  
1 dänische Krone = 1456,35 G., 1463,65 Br.  
1 schwedische Krone = 1925,15 G., 1934,85 Br.

## Schweinemarkt.

(+) **Durlach, 25. Nov.** Der heutige Schweinemarkt war befüllt mit 128 Läufer-schweinen und 544 Bertelschweinen. Verkauft wurden 106 Läufer-schweine und 400 Bertelschweine. Preis per Paar Läufer-schweine 25—36 000 G., Bertelschweine 15—18 000 G.

## Mutmaßliches Wetter.

Trotz des immer noch vorherrschenden hohen Luftdruckes ist für Dienstag und Mittwoch ziemlich bewölkt, zu Niederschlägen geneigtes Wetter mit Schnee in den höheren Lagen zu erwarten.

## Aromakron

feinsto  
**Kaffee-Essenz**

überall erhältlich.  
Vertreter: Adolf Haumann, Karlsruhe i. B.  
Telefon 4709.

**Den Ortskräftenplan für Grödingen betr.**

Der Gemeinderat Grödingen hat die Abänderung der mit Bezirksratsentscheidung vom 14. April 1922 festgestellte geradenlinigen Bauhöhe und Straßenhöhe der Straße vom Bahnhof über Bismarck und Giesbach westlich des Ortes, im alten Plan mit a, b, c, d bezeichnet, und die Neufestlegung in einer geschwungenen Linie beantragt. Die neuen Bezeichnungen sind auf den Grundflächen selbst durch ausgezeichnete Pfeile und Profile ersichtlich gemacht. Teilweise ist die neu festgelegte Straße schon bebaut.

Die Pläne nebst Beilagen liegen von Freitag, den 1. Dezember bis Montag, den 18. Dezember auf dem Rathaus in Grödingen auf. Etwasige Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage wären binnen dieser Frist beim Gemeinderat Grödingen bei Ausschlußvermeidung geltend zu machen. Unser Ausschreiben vom 6. September ds. Js. (Durlacher Tageblatt 215) wird zurückgenommen.

Durlach, 24. Nov. 1922. Bad Bezirksamt

Durlach, Handelsregister A. Eingetragen am 23. November 1922 zu Firma: Bahndirektion Union Schulen & Co. Sitz: Durlach. Dem Fabrikdirektor Freiherrn Eugen Güler von Kanenbourg und dem Kaufm. Direktor Guido Roth, beide in Karlsruhe, ist Gesamt-Verwaltung erteilt. Amtsgericht

**Einladung.**

Herr Generalsekretär Bräunlich vom Ev. Bund hält in der Ev. Stadtkirche am Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr, einen Vortrag. Wir laden die evangel. Gemeinde hier herzlich ein.

Durlach, den 27. November 1922. Evang. Kirchengemeinderat: Wolfhard

**Bekanntmachung.**

Errichtung einer Schuhmacherzunft betr.

Ein Teil der selbständigen Schuhmacher des Amtsbezirks Durlach hat beschlossen, für den Bezirk Durlach eine Zunft zu errichten, in welche alle selbständigen Schuhmacher einbezogen werden sollen mit dem Sitz in Durlach zu errichten.

Die Listen der abstimmberechtigten Schuhmacher für Durlach und den Stadtteil Aue sind angefertigt und liegen vom Montag, den 27. November 1922

ab zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathaus hier, 3. Stof., Zimmer Nr. 6, während 8 Tagen offen.

Etwasige Einwendungen sind innerhalb der Anlauffrist schriftlich oder mündlich bei dem unterzeichneten Bürgermeister vorzubringen. Spätere Einwendungen finden keine Berücksichtigung mehr.

Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Handwerker an der Abstimmung teilnehmen können, die in die Liste aufgenommen sind.

Durlach, den 23. November 1922. Der Oberbürgermeister.

**Brotkartenausgabe.**

Die Erstkartenausgabe für 2-15. Dezember 1922 und die Zweitkartenausgabe für die Zeit vom 16. Dezember ab werden wie folgt ausgegeben:

Am Mittwoch, den 29. ds. Mts.

vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis mit F, nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben G, H und K.

Am Donnerstag, den 30. ds. Mts.

vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben J, L bis mit R und Z, nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben S, Sch bis mit W.

Jede Familie hat zur Entgegennahme der neuen Scheine den Lebensmittelausweis unbedingt mitzubringen. Außer dem müssen zur Empfangnahme der Erstkarte die Marken Nr. 8 zurückgegeben werden. Erstkarten werden nur in dem Umfang ausgegeben, als Marken abgeteilt werden.

Die für die Ausgabe der Brotmarken festgesetzten Zeiten müssen eingehalten werden. Bei späterer Abholung der Marken wird für jede Brotkarte eine Gebühr von 10 Mt. erhoben.

Durlach, den 27. November 1922.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Ferkelmarkt**

jeden Dienstag morgens 8 Uhr in der Gottesackerkaserne. (Gedekte Verkaufsräume.)

Städt. Schlacht- und Viehhofamt Karlsruhe.

2 Tropfen Zahn-Elektrik macht schwarze Zähne blendend weiß. Zu haben bei Gul. Schäfer, Blumen-Drogerie, Hauptstraße 10.

Kleider, Stiefel, Möbel. Bekken neu, neu und gebraucht, kaufen Sie am billigsten bei

Glotzer, Karlsruhe. Zähringerstr. 53. Telefon 3488.

Pelz-Aenderungen, Neuanfertigungen u. Reparaturen, sowie billiger Verkauf von Hüten, Schirmen und Pelzwaren. Rein Laden G. Kumpf, Karlsruhe, Douglasstr. 8, v.

**Union-Theater.**

heute und morgen: **Der Kopf des Gonzales**

Ein Abenteuer dreier Menschen und eines Volkes von „Karl Hydor“

**CHARLIE CHAPLIN** als Reporter.

**Deutsche Demokratische Partei.**

Mitgliederversammlung

am Dienstag, 28. d. Mts., abends 7/8 Uhr, im „Goldenen Löwen“.

Tagesordnung: Stadtratswahl. Die Mitglieder, insbesondere die neugewählten Stadtratsmitglieder unserer Partei von Durlach und Aue, werden gebeten zu erscheinen.

Die Vorstandsmitglieder wollen sich um 8 Uhr im selben Lokal zu einer Vorstandssitzung einfinden.

Solider junger Mann sucht sofort oder später gut möbl. Zimmer. Angebote unter Nr. 717 an den Verlag.



1902, z. 8. Sonntag, den 3. Dez. Serbendstiel der 1. Mannschaft in Würzburg heim.

Bestellung auf Sonntagstageskarten können gegen Vorauszahlung bis längstens Mittwoch, den 29. November im Zigarrenhaus W. Zahn, Hauptstr., gemacht werden. Näheres über die Kartenausgabe etc. in der Freitagausgabe dieses Blattes.

Der Vorstand.

redej sti senles seckilg deimbos Greif zu!!

(Ein altes Sprichwort). **1 Motorrad** eine Handvoll

oder **1 Piano** 1000 M.-Scheine

ferner jedem 5000. Löser ein 1000 Mark Schein können Sie bei richtiger Lösung obigen Rätsels erlangen, dann Sie erhalten nach Einsendung derselben gratis und ohne Verpflichtung ein Anrecht teilzunehmen an der Verteilung der oben ausgesetzten Gewinne. Jeder Einsender erhält einen Trostpreis — Die geringen Versandkosten für den Trostpreis werden vom Löser getragen. — Für gewünschte Auskunft, Schreibearbeit ist Rückporto beizufügen. (Briefporto v. 15. Nov. ab beachten). — Schreiben Sie sofort an „Globus-Versand“, H. Stamm, Braunschweig Nr. 1132.

**Süddeutsche Disconto-Gesellschaft**

A.-G. Mannheim. Eigen-Vermögen 250 Millionen Mark.

- Bankkredite
  - Scheckverkehr
  - Conto-Correntverkehr
  - Spareinlagen
  - Effektenhandel
  - Zinnscheineinlösung
  - Sorten
  - Devisen
  - Wechseldiscont
  - Accreditive
  - Depotverwaltung
  - Vermögensverwaltung
- durch unsere Filiale Durlach. Telephon Nr. 30 u. 185.

**Gemeindespartasse Berghausen.**

Rechnungsergebnisse für das Jahr 1921.

Einnahmen:		Ausgaben:	
Nr.	Summa	Nr.	Summa
1. Kassenvorrat auf 1. Jan. 1921	19 176,43	1. Rückstände	4 744,47
2. Einnahmerückstände	624,62	2. Zinsen für Spareinlagen und sonstige Schulden	53 338,44
3. Zinsen aus Aktiva-Kapitalien	70 205,42	3. Auf die Verwaltung	9 950,16
4. Sonstige Einnahmen	4 901,55	4. Sonstige Ausgaben	3 677,62
5. Vorkasse	5 826,15	5. Rückbezahlte Spareinlagen	1 578 535,63
6. Spareinlagen einschl. anteilschreibener Zinsen	1 754 930,82	6. Angelegte Kapitalien	2 766 878,84
7. Heimbezogene Kapitalien	2 396 633,56	7. Vorkasse	492,30
8. Gebühren	253,50	8. Kassenvorrat auf 31. Dez. 1921	34 594,59
<b>Summa</b>	<b>4 252 532,05</b>	<b>Summa</b>	<b>4 252 532,05</b>

**Vermögensberechnung auf 31. Dezember 1921.**

Vermögen:		Schulden:	
Nr.	Summa	Nr.	Summa
1. Darlehen auf 1. Hypotheken	790 480,—	1. Guthaben der Einleger	1 830 036,93
2. Staatspapiere (dar. Kriegsanleihe Nennwert M. 215 000 Kurswert M. 203 410)	344 364,—	2. Ausgaberrückstände	5 566,25
3. Darlehen an inl. Gemeinden	212 265,—	<b>Summa</b>	<b>1 835 603,18</b>
4. Kauschillige	110,—	Das Vermögen betr. 1903 568 45	
5. Darlehen auf Schuldscheine	363 795,84	Die Schulden betrag. 1 815 613 18	
6. Kontokorrente	334 290,—	<b>Reinvermögen auf 31. Dez. 1921</b>	<b>67 965,27</b>
7. Einwahmerückstände	175,61		
8. Kassenvorrat	34 894,59		
9. Inventarwert	986,50		
10. Stückzinsen	13 213,87		
<b>Summa</b>	<b>1 903 568,45</b>	<b>Summa</b>	<b>1 903 568,45</b>

**Berechnung des Reservefonds.**

Der Reservefond hat nach § 18 der Satzungen in 5 % der Gesamtsumme des Guthabens der Einleger zu bestehen. Derselbe berechnet sich somit aus M. 1 830 036 93 auf den Betrag von M. 91 501 85. Derselbe beträgt M. 67 965 27.

Berghausen, den 26. September 1922. Der Verwaltungsrat: Wagner.

**Union-Theater.**

Mittwoch, den 29. Nov. abends 5 Uhr:

**Wohltätigkeitsvorstellung**

zu Gunsten der „Winternothilfe“ und der „Kleinkinderschule“.

(Vollständiger Erfolg steht beiden Gen. Anhalten zu!)

An Anbetraht der Postzeit wird um reist zahlreichen Besuch gebeten!

Morgen (Dienstag) von 10 Uhr ab ist mein Geschäft geschlossen.

**Friedrich Brecht, Metzgerei.**

Nur bis Weihnachten! Wer hat Stoff?

der bringe denselben sofort zum Anfertigen eines Anzugs, Paletots oder Schüpfers.

Trotz andauernder Preissteigerung bin ich z. Bt. in der Lage, Ihnen oben-erwähnte Kleidungsstücke zu kostbarlos billigen Preisen anzufertigen. Für gutes Stoff und Zutaten wird garantiert. Des Harkes Andranges wegen findet die Stoff-Annahme in der Zeit von 10-5 Uhr statt. Verfügen Sie diese Gelegenheit nicht und bringen Sie Stoff zu

S. Rosenthal, Karlsruhe, Kronenstraße 47. Reichhaltiges Stofflager vorhanden.

**Feuerwerkskörper Sylvester-Scherzartikel**

„Pikvo“ G. m. b. H., Papier- u. Neuheitenfabrik, Karlsruhe i. B.

Landgut von 20 bis 100 Morgen gegen sofortige Barzahlung zu kaufen gesucht.

Ausführliche Offergabote unter S. D. 4163 an Radolf Mosse, Stuttgart.

**Der Waschtrog ist ein Vergnügen!**

beim Gebrauch meiner beliebten

**Spar-kernseife**

Trotz Preissteigerung am billigsten.

**Adler-Drogerie Ernst Bauer.**

**Hüten Sie sich**

vor Nieren- u. d. Blasenleiden. Jeder Einzeltage trinkt regelmäßig „Tea Phasoo“ zu dauernder Gesunderhaltung dies lebenswichtigen Organe. Zu haben bei E. Bauer, Adler-Drog.

Eigenhändiger Sekretär sucht für sofort freundl. möbl. Zimmer. Zuschriften mit Nr. 718 an den Verlag.

Zum 1. Januar 1923 möbliertes Zimmer mit Dien für jungen Kaufmann gesucht. Angebote unter Nr. 716 an den Verlag.

**Spezial-Leibbinde**

für Leib- und Rücken-Hüfte, sowie

**Korsett-Leibbinden** empfindl. b. fache-mäßiger Bedienung.

**Adler-Drogerie Ernst Bauer.**



**Durlachia**

Name patent. gesch. **Kinder-Krem Schnupfen-Krem Lanolin-Krem Schrundensalbe** nur **Einhornapotheke** Marktplatz.